

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

8.1.1930 (No. 7)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amen, D.
Karlsruhe

Druckpreis: Monatlich 2,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstage 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwingender Beiziehung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckbogen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Aus den Berichten der Dawes-Kommissare

Die vom Dawes-Komitee eingesetzten Kreuzhänder für die Reichsbank, für die Reichsbahn, für die verpfändeten Einnahmen und für die Industrieobligationen veröffentlichen wiederum Berichte über ihre Tätigkeit, die voraussichtlich die letzten derartigen Publikationen sein werden. Nach dem endgültigen Inkrafttreten des Youngplans dürften höchstens noch Schlussberichte erscheinen.

Der Kommissar bei der Reichsbank, G. W. J. Bruins, führt in seinem die Periode vom 1. September 1928 bis 31. August 1929 umfassenden Bericht in dem Abschnitt „Schlussbetrachtungen“ u. a. aus: Der vorherrschende Zug im Konjunkturverlauf Deutschlands war die äußerst gespannte Lage am Kapitalmarkt. Die Befriedigung neuer Kapitalbedürfnisse über den Betrag der laufenden internen Ersparnisse hinaus konnte während der letzten anderthalb Jahre fast nur auf Kosten einer weiteren Verzögerung der kurzfristigen Schulden stattfinden, die schon zu Anfang der Periode sowohl im Inlande als auch gegenüber dem Auslande sehr hoch waren. Zwar hat sich die Handelsbilanz nach und nach bedeutend gebessert; von einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz mit dem Auslande ist jedoch noch keine Rede. Der Druck am Geld- und Kapitalmarkt ist in hohem Maße durch den Umfang der öffentlichen Kreditbedürfnisse und die sehr ungünstige Kassenlage einer großen Zahl öffentlicher Stellen, insbesondere des Reiches und vieler Gemeinden, verschärft worden.

Die Notwendigkeit baldiger durchgreifender Maßnahmen ist offenbar geworden. Vielleicht wird, wie in früheren Jahren, in den ersten Wochen des neuen Jahres eine gewisse Beruhigung am Geldmarkt eintreten. Diese zeitweilige Beruhigung wird jedoch die Tatsache nicht beseitigen können, daß wenn nicht entscheidend für eine Entlastung des Geldmarktes von dem Druck der öffentlichen Schulden in angemessener Frist vorgegangen wird, dieser sowohl hinsichtlich seiner Existenz als auch hinsichtlich des Zinsniveaus die Nachteile aus diesen Verhältnissen weiter zu spüren haben wird. Solche Maßnahmen würden aber auch besonders geeignet sein, die Beweglichkeit des Auslands, Deutschland weitere Kapitalbeträge zur Verfügung zu stellen, zu erhöhen und damit auf die Kreditbedingungen günstig einzuwirken. Die Produktionskapazität der deutschen Wirtschaft ist im allgemeinen nicht beeinträchtigt worden, wie schwer auch diese Kreditverhältnisse auf das Wirtschaftsleben drückten. Allerdings geht aus der Steigerung der Arbeitslosenziffer hervor, daß nur ein Teil des Zuwachses der Arbeiterbeschäftigung in den Wirtschaftsprozessen hat aufgenommen werden können.

Was die Reichsbank betrifft, so ist festzustellen, daß sie sich von den Ereignissen zu Ende April und Anfang Mai bald wieder völlig erholt und ihre Lage in jeder Hinsicht gesund ist.

Gaston Verwer, der Eisenbahnkommissar bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, gibt u. a. eine ausführliche Schätzung des bis zum 31. Dezember 1929 erzielten Jahresergebnisses und stellt eine Gesamteinnahme von 5,37 Milliarden Reichsmark in Aussicht. Während sich die Einnahmen ziemlich genau mit dem Voranschlag decken dürften, werden die Ausgaben mit 4,46 Milliarden den Etat voraussichtlich um 62 Millionen übersteigen.

Während das Ergebnis des letzten Jahres noch als befriedigend bezeichnet werden könne, mache die gegenwärtige Lage zur Vorsicht, da die Geldbeschaffung schwierig sei und sich auch in absehbarer Zeit kaum erleichtern dürfte. Andererseits halte die Gesellschaft erhöhte Aufwendungen für die Erneuerung und Unterhaltung der Anlagen für erforderlich, der im Juni v. J. gestellte Antrag auf Tarifserhöhung ist bekanntlich zurückgestellt worden, vermutlich, weil man ursprünglich gehofft habe, aus den Erleichterungen, die der Youngplan bietet, der Reichsbahn-Gesellschaft einen Teil der Beförderungssteuer erlassen und so den notwendigen Ausgleich herbeiführen zu können. Kummerei sei aber mit einer derartigen Regelung kaum mehr zu rechnen. Man müsse deshalb auf die Tarifserhöhung wieder zurückgreifen.

Die Umstellung auf den Youngplan ergibt für die Reichsbahn infolgedessen eine Mehrbelastung, als sie bisher den Schuldverschreibungsdienst nur zweimal im Jahre zu leisten brauchte. Die Zahlungen wurden zwar monatlich beglichen, jedoch unter Abzug eines Diskontes, der in Zukunft in Vorkauf kommt.

Gleichzeitig übergibt der Kommissar für die verpfändeten Einnahmen der Öffentlichkeit eine Übersicht über die in den letzten fünf Monaten des fünften Dawes-Jahres geleisteten Zahlungen.

Bemerkenswert sind die Ausführungen über die Steigerung des Tabakkonsums, die sich seit 1924 auf 33 Proz. für Zigaretten, auf 44 Proz. für Zigaretten und auf 14 Proz. für geschnittenen Tabak belaufen. Die Bevölkerungszunahme, besonders der Zuwachs der im Kaufalter stehenden Personen, kann nach Ansicht des Kommissars die starke Konsumsteigerung nicht allein erklären. Die Hauptursache sei vielmehr in einer Steigerung der Kaufkraft und in neuen Gewohnheiten (Verbreitung des Zigarettenrauchens bei der weiblichen Bevölkerung) zu suchen. So ist der Zigarettenverbrauch seit der Vorkriegszeit von 120 Stück pro Kopf und Jahr, trotz der Steigerung der letzten Jahre auf 105 Stück zurückgegangen, der Zigarettenkonsum hingegen von 200 auf 500 gestiegen.

Die Biersteuer erbrachte in der Berichtszeit einen Ertrag von 158 788 000 M. Der Bierverbrauch ist im Laufe der fünf Jahre stetig gestiegen.

Im Verlauf der fünf Planjahre hat das Branntweinmonopol folgende Beträge abgeworfen: 1924/25 164 Millionen Reichsmark, 1925/26 177 Millionen Reichsmark, 1926/27 252 Millionen Reichsmark, 1927/28 264 Millionen Reichsmark, 1928/29 336 Millionen Reichsmark.

Letzte Nachrichten

Die Haager Konferenz Pariser Stimmen

W.D. Paris, 8. Jan. (Tel.) Die Morgenpresse charakterisiert die erste Phase der Verhandlungen der deutschen Delegierten mit den Gläubigerdelegierten dahin, daß von 18 zu regelnden Fragen fünf eine dem französischen Standpunkt entsprechende Lösung erhalten hätten. Es blieben also noch acht zu lösen. Außer von diesen Fragen spricht der Außenpolitiker des „Matin“ noch von drei weiteren, mit Deutschland zu verhandelnden Problemen, von denen zwei öffentlich erörtert würden und eines hinter den Kulissen.

Das erste dieser beiden Probleme sei die Verschmelzung aller von Deutschland hinsichtlich der Liquidierung der Zahlungen mit seinen Gläubigern angenommenen Sonderabkommen. Das zweite Problem sei die Frage der Sanktionen, oder wie man schamhafter sage, der rechtlichen Folgen. Die Sachverständigen des französischen Außenministeriums seien dabei, einen Entwurf auszuarbeiten, der wahrscheinlich binnen 48 Stunden mit den deutschen Delegierten erörtert werde. Die dritte Frage, die weder in einen Vertrag noch in einen Vertragsanhang aufgenommen werden könne, deren Bedeutung jedoch wesentlich sei, sei die der Mobilisierung der Schulden. Deutschland sei in seiner Wirtschaftsentwicklung behindert. Es sei unbedingt notwendig, daß Deutschland an der Aufhebung der ersten zu mobilisierenden Forderungen teilnehme, denn der amerikanische Markt fordere den uneingeschränkten guten Willen Deutschlands. Was gäbe es unter diesen Umständen Natürlicheres, als darüber nachzudenken, wie man Deutschland bei der Wiederherstellung seiner Finanzlage helfen könne?

Die Dauer der Konferenz

W.D. Paris, 8. Jan. (Tel.) Der Außenpolitiker des „Matin“ berichtet aus dem Haag, trotz des methodischen Vorgehens werde die Konferenz ihre Arbeiten nicht binnen wenigen Tagen zu Ende führen können. Briand, der am Freitag abreisen müsse, um sich nach Genf zu begeben, beachtliche, bereits am Donnerstag der nächsten Woche wieder nach dem Haag zurückzukehren. Ministerpräsident Tardieu, der hoffte, am 13. Januar zur Eröffnung der Parlamentssession endgültig nach Paris abreisen zu können, erkenne jetzt, daß er 48 Stunden später wieder nach dem Haag werde zurückkommen müssen. Auch die für den 19. Januar in Cockerets geplante Zusammenkunft vor der Londoner Seeabdrückungskonferenz scheine in Frage gestellt zu sein.

Verurteilung auf Grund des Republikshutzgesetzes

W.D. Hamburg, 8. Jan. (Tel.) Die Strafabteilung des Amtsgerichts hat den nationalsozialistischen Bürgergeschäftsgeordneten Hüttmann auf Grund des Republikshutzgesetzes zu 6 Wochen Gefängnis, und den Schriftleiter der „Hanseischen Warte“, Harke, zu einer Geldstrafe von 200 M. verurteilt. Hüttmann hatte in einem Artikel in der „Hanseischen Warte“ geschrieben: „Auf die Staatsform kommt es nicht an. Es kommt auch nicht darauf an, ob man einen Schweinefall schwarzweißt oder schwarzrotweißereigelt oder meinetwegen auch golden anstreicht. Bleibt es nicht immer ein Schweinefall?“

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus: Eine Verleumdung der Staatsform liege nicht vor, was der gleichzeitige Gebrauch der Farben Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold beweise. Die Staatsführung aus die eines Schweinefalles zu bezeichnen, sei eine scharfe, aber keine strafbare Kritik. Das Gericht erblicke jedoch entgegen der Auffassung des Reichsgerichts in dem Ausbruch „hühnerweiß“ eine Beschimpfung der Reichsform.

Saarverhandlungen 15. Januar. Die Saarverhandlungen, die am 20. Dezember abgedroht wurden, und die ursprünglich am 10. Januar in Paris wieder beginnen sollten, werden, nachdem durch die Haager Konferenz eine gewisse Verzögerung eingetreten ist, laut „Voss. Zig.“ am 15. Januar in Paris von neuem aufgenommen werden.

Nach dem Bericht ging das Aufkommen der verpfändeten Einnahmen, also der Zölle sowie der Steuern auf Tabak, Bier, Branntwein und Zucker, stets glatt vonstatten. Daher sind insbesondere die Feststellungen, die der Kommissar für die verpfändeten Einnahmen in seinem Bericht treffen kann, auch jetzt wieder rein formaler Natur.

Der Bericht des Treuhänders für die deutschen Industrieobligationen, Rogara, erwähnt in den einleitenden Bemerkungen, daß die Sachverständigen empfohlen haben, die Belastung, die der deutschen Industrie auferlegt worden ist, in Wegfall kommen zu lassen. Im Schlußwort heißt es, daß die Lebensfähigkeit gewisser Produktionszweige (insbesondere die Grundindustrien) imstande gewesen ist, die seit August 1928 hervorgerufenen Schwächeelemente zu überwinden. Die Förderungsindustrien (Steinbohle, Braunkohle und Kali) haben ihren Produktionsstand aufrechterhalten, und die Eisen- und Stahlindustrie hat die Untätigkeit, die durch die Arbeitslosigkeit im November 1928 und durch den außerordentlich strengen Winter hervorgerufen worden war, mit Hilfe intensiver Produktion seit April 1929 erfolgreich bekämpft. Nur die weiterverarbeitenden Industrien, unter ihnen die Textilindustrie, haben eine ungünstige Periode durchgemacht mit dem Ergebnis, daß der allgemeine Index, als Ganzes genommen, ein Geradsinken in den Zweigen der in Betracht kommenden Produktion zeigt. Dies berührt indessen nicht die Gesamtanlage der deutschen Industrie. Ihre Merkmale sind lediglich die einer Periode der Beschränktheit, die durch gewisse Faktoren, zugleich wirtschaftlicher und allgemeiner Art, verursacht ist, aber wahrscheinlich nur vorübergehenden Charakter trägt.

* Schwierigkeiten auf der Haager Konferenz

Unsere Gläubiger haben bisher viel zu sehr mit der Auffassung operieren dürfen, daß Deutschland sich schon seit Beginn des vorigen Jahres auf eine Revision des Dawesplanes eingerichtet habe und zum mindesten seit der Pariser Sachverständigenkonferenz mit den Reduktionen des Youngplans fest rechne. Die bisherige Finanzpolitik des Reiches mußte die Gläubigerstaaten in dieser Auffassung bestärken. Unser ganzer Etat basierte auf der Voraussetzung der durch den Youngplan zunächst zu erwartenden Rinderzahlungen.

Mit dieser Finanzpolitik hat der neue Reichsfinanzminister, Dr. Molkenhauer, im Einverständnis mit dem gesamten Kabinett gebrochen und sein Ministerium ausdrücklich beauftragt, zwei Etats auszuarbeiten, den einen auf der Grundlage der Ziffern des Youngplans, den andern auf Grund der Ziffern des Dawesplanes. Daß gleichzeitig der Wunsch an alle Ministerien ergangen ist, ihre Etats unter dem Gesichtspunkt strengster Sparsamkeit noch einmal zu überprüfen, wird den Eindruck der Molkenhauerschen Maßnahme noch verstärken.

Wie die Dinge sich auch entwickeln mögen, so hängt ja die außenpolitisch orientierte Reparationspolitik mit der außen- und innenpolitisch gebotenen Sparsamkeit aufs engste zusammen. Unter allen Umständen muß gespart werden. Auch dann, wenn der Youngplan jetzt endgültig im Haag angenommen wird. Würde es jedoch zu einer Krise im Haag kommen, dann müßte die Sparschraube eben noch stärker angezogen werden. Und es ist gut, daß man sich heute schon auf beide Möglichkeiten einrichtet.

Die Frage, ob es überhaupt möglich ist, unter den obwaltenden verfassungs- und gewohnheitsrechtlichen Verhältnissen eine wirklich zum Ziele führende Politik der Sparsamkeit zu treiben, ist schließlich eine innerpolitische Angelegenheit. Offen bleibt diese Frage weiterhin. Beantwortet werden muß sie in kürzester Zeit so oder so.

Nach den neuesten Meldungen sind sich im Haag recht scharfe Gegenkräfte herausgebildet. Was wir schon neulich ankündigten, ist Tatsache geworden: die Gläubigerstaaten versuchen, uns noch eine Reihe von Lasten aufzubürden, die über den Youngplan hinausgehen. Und sie befolgen dabei die Taktik, in unwichtigen Punkten nachzugeben, um in den wichtigeren Punkten dann um so energischer aufzutreten zu können. Bis jetzt hat die deutsche Delegation diesen Versuchen entschlossenen Widerstand geleistet. Und mit Recht! Für uns ist jede Belastung, die noch über den schon an und für sich kaum erträglichen Youngplan hinausgeht, eine Zumutung, die das ganze Werk gefährden muß. Für die Gegenseite dagegen bedeuten alle diese Probleme relativ wenig. Und es heißt leichtfertig handeln, wenn man um solcher Nebenächlichkeiten willen das ganze Einigungswerk aufs Spiel setzen will.

Auch das Problem der Sanktionen ipult wieder in die Verhandlungen hinein. Zwar haben offenbar auch die Franzosen eingesehen, daß Sanktionen politischer Art nicht mehr in Betracht kommen können. Aber man will zum Ersatz dafür eine neue Sanktionspolitik auf der Grundlage wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen aufbauen. Man kommt uns mit Vorschlägen einer Hypothek der Gläubigermächte auf die Reichsbahn, mit Vorschlägen einer Art Verpfändung und verläßt damit ganz und gar die Bahn einer Reparationspolitik, bei welcher einzig und allein der gute und redliche Abzahlungswille Deutschlands, seine moralische Verpflichtung ausschlaggebend zu sein hätte. Unser Sonderabkommen mit Amerika zeigt, daß diese Methode des Vertrauens sehr wohl anwendbar ist. Wenn die gewiß vorsichtigen und geschäftstüchtigen Amerikaner ihr zustimmen, werden wohl auch unsere Gläubigermächte nicht mehr verlangen dürfen.

Für heute und morgen sind bedeutende Entschlüsse zu erwarten. Man weiß nicht recht, ob der Optimismus Briands recht behalten wird, nach welchem schon übermorgen, also Freitag, die Erledigung der wichtigsten Aufgaben erfolgt sein werde. Jedenfalls wird sich wohl die Spekulation der Gläubigermächte auf eine bedingungslose Nachgiebigkeit der deutschen Delegation als verfehlt erweisen.

Tschow aus der Haft entlassen. Nach Blättermeldungen aus Halle ist der im Zusammenhang mit dem Nord an Rathenau seinerzeit verurteilte Ernst Werner Tschow am Dienstagmittag nach 7½-jähriger Haft aus dem Strafgefängnis Halle freigelassen worden.

Die Ischertwongensfälschungen

Gegenwärtig wird in Berlin vor dem Schöffengericht ein Prozeß gegen eine Anzahl von Deuten geführt, die Sowjetbanknoten in riesigem Ausmaß gefälscht haben. Grund für diese Tat ist nur bei einigen Geldgier — die Fälscher dieser Fälschungsaktion handelten offenbar aus politischen Gründen. Sie wollten die Sowjetmacht stützen, indem sie das Sowjetgeld entwerteten.

Georgier, die für die Freiheit ihres Landes an Ort und Stelle gekämpft und die diesen Kampf verloren hatten, führten ihn von Deutschland aus weiter. Georgien war am Ende des Weltkrieges für unabhängig erklärt worden, seine Eigenstaatlichkeit war z. B. auch vom Deutschen Reich anerkannt. Dann kamen die Sowjetrussen in die georgischen Berge. Es kam zu einem langen und unerhört blutigen Kampf. Die Georgier wandten sich überall hin um Hilfe. Auch an den Völkerbund appellierten sie vergeblich. Die Sowjetrussen vollendeten ihr Werk, und als sie allen georgischen Widerstand im Blut ertränkt hatten, da gründeten sie eine „freie“ georgische Sowjetrepublik. Jetzt ist in Berlin ein früherer georgischer Volksvertreter, Sabatieraschwili, als Antiführer der Ischertwongensfälschungen unter Anklage gestellt. Er behauptet, mit großen Finanzmagnaten, mit Generalen und Politikern in Verbindung gestanden zu haben.

W.D. Berlin, 8. Jan. (Tel.) Am heutigen Verhandlungstag beantragte Rechtsanwalt Bär, die Untersuchungshaft gegen Sabatieraschwili aufzuheben. Er weist darauf hin, daß die ganze Berliner Presse es gestern als die erstaunlichste Tatsache bezeichnet habe, daß dieser „junge Mann“ bereits seit 27 Monaten in Untersuchungshaft sitze.

Das Disziplinarverfahren in Sachen Ellarek

Nach umfangreichen Ermittlungen ist jetzt — wie aus Berlin gemeldet wird — die Arbeit des vom Oberpräsidenten zur Feststellung der disziplinarischen Verfehlungen in dem Falle Ellarek eingesetzten Untersuchungskommissars, Oberregierungsrat Tapofft, soweit gediehen, daß in einigen Fällen die Voruntersuchung bereits geschlossen werden konnte. Beendet ist die Disziplinarvoruntersuchung gegen die Stadtbauinspektoren Dr. Lehmann und Bessel, gegen die nunmehr der Staatsanwalt Anklage erheben muß. In einer Reihe weiterer Disziplinarfälle gegen städtische Beamte ist im Laufe der nächsten Woche der Abschluß der Voruntersuchung zu erwarten. Die Ermittlungen im Falle Böhler dauern immer noch an, während die Voruntersuchung gegen den Stadtkämmerer dadurch ins Stocken geraten ist, daß Lange erkrankt und infolge dessen nicht vernehmungsfähig ist.

Gesamtfindung im Tabakgroßhandel

Die dem Zentralverband Deutscher Großhändler der Tabakbranche e. V., Sitz Leipzig, angeschlossenen Firmen haben ihren Arbeitnehmern die Kündigung zugestimmt. Von dieser werden in ganz Deutschland 1600 Firmen mit 100 000 Arbeitnehmern betroffen werden. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Leipzig, erklärt dazu, daß es sich bei der Gesamtfindung lediglich um eine vorläufige Maßnahme handle. Die neuen Bestimmungen über den Tabakhandel hätten die tabakerzeugenden Firmen in Deutschland veranlaßt, die Preise neu festzusetzen und Erhebungen anzustellen, ob unter diesen Bedingungen ein rentabler Betrieb der Geschäfte weiter gewährleistet sei.

Aus Kreisen der badischen Zigarettenfabrikation erfährt die „R. Bad. Landesztg.“, daß es sich hauptsächlich um den Großhandel in der Zigarettenindustrie handelt. Für die badische Zigarettenindustrie werde sich dieser Beschluß fast nicht auswirken, da der Vertrieb an den Einzelhändler zu meist ohne Dazwischentreten des Großhandels erfolgt.

Das Berliner Landgericht hat in einem Erbschaftsprozess gegen den früheren Eisenbahnbeamten Bogler, der wegen Unterschlagung zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt ist, weil er seine Frau nicht daran hinderte, sich auf die Strafe zu fügen, dahin erkannt, daß er unwürdig ist, die Erbschaft der Toten anzutreten. Die Eltern der Frau hatten gegen Bogler die Klage auf Herausgabe der auf ihn entfallenden Hälfte des Nachlasses angestrengt, und das Landgericht entschied nunmehr im Sinne dieser Klage.

Der neue Bildtelegraphendienst zwischen London und Berlin wurde Dienstag nachmittag in London feierlich eröffnet. Während gleichzeitig von Berlin und London Bilder des Reichspostministers Dr. Schädel und des Generalpostmeisters Reed-Smith übermittelt wurden, gab der Generalpostmeister der Presse eine Übersicht über den neuen Dienst, der in der Hauptsache von der Presse, später von der Öffentlichkeit in breitem Maße benutzt werden soll.

Auf der Zeebe Jollern II bei Ostrow wurden vier Bergleute durch hereinbrechende Gesteinsmassen verschüttet. Ein Knappe wurde sofort getötet, die anderen verletzt.

Bei dem gemeldeten Eisenbahnunglück in Algerien wurden bisher 17 Tote geboren. Die beiden Lokomotiven des Zuges sind den Abhang hinuntergestürzt, die beiden Packwagen entgleisten und ein Wagen dritter und ein Wagen erster und zweiter Klasse schoben sich ineinander.

Die Besetzung der Bayreuther Festspiele: Am die Verteilung der Hauptrollen bei den kommenden Bayreuther Bühnenfestspielen erfahren wir: Im Ring singen die früheren bewährten Kräfte Friedrich Schorr den Wotan, Nanny Larsen-Tobben die Brünhilde, Lauritz Melchior den Siegfried, Fritz Wolff den Loge und Eduard Habich den Alberich. Neugewonnen sind Erich Zimmermann als Mime, Karin Brangell als Fricka und Waltraute, Enid Janigo (Staatsoper Wien) als Erda, Harald Krauß (Staatsoper Berlin) als Hagen. Emmy Krüger übernimmt wiederum die Sieglinde, Gotthelf Bistor den Siegmund. Gunnar Graarud und Fritz Wolff werden den Parsifal singen. Als Rundst. ist die Hochdramatische des Stuttgarter Landestheaters, Frau Kochler-Kreuschlag gewonnen worden. Gurnemann singen Kipnis und Andrefen, Tristan weist folgende Besetzungen auf: Tristan: Lauritz Melchior und Gotthelf Bistor. Isolde: Nanny Larsen-Tobben. Marke: Alexander Kipnis. Kurneval: Rudolf Bodemann. Brangäne: Nanny Helm. Inzwischen hat sich Toscanini entschlossen, alle Tristan- und alle Tanhäuser-Vorstellungen zu dirigieren. Die Verwaltung teilt mit, daß zu den ersten drei Vorstellungen (Tristan, Tanhäuser, Parsifal) keine Karten mehr zu haben sind. Bei der starken Nachfrage dürfte es empfehlenswert sein, sich baldmöglichst Plätze zu sichern.

Mozart-Fest in Basel. In Basel konstituierte sich ein Organisationskomitee für die Durchführung eines großen Mozartfestes der Stadt Basel vom 10. bis 18. Mai d. J. Vorgegeben ist die Aufführung der fünf hauptsächlichsten Opernwerke Mozarts im Stadttheater und verschiedener Konzerte. Erstklassige Solisten des In- und Auslandes sollen als Gäste gewonnen werden. Zum Präsidenten des Organisationskomitees wurde Dr. P. Speiser-Thurneiser, zum Präsidenten des Musikkomitees Direktor Dr. Felix Weingartner gewählt.

Die erste Lesung im Haag

Die Hauptkämpfe stehen bevor

Am Donnerstag haben die Vertreter der sechs Mächte im Haag die erste Lesung über die Vorschläge zur Ausfüllung der offenen Punkte aus dem Youngplan und die darüber hinausgehenden Vorschläge der Gegenseite abgeschlossen. Der heutige Mittwoch bleibt sittingsfrei. Am morgigen Donnerstag um 11 Uhr gehen die Verhandlungen weiter. Eine Reihe von Punkten blieb offen. Bei den Verhandlungen am Dienstag kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem deutschen Finanzminister Dr. Molkenhauer und dem französischen Ministerpräsidenten Lardieu.

Neuer Bericht darüber: Einige Bemerkungen des Reichsfinanzministers Molkenhauer, der in dem Hause steht, immer deutlich seine Meinung zu sagen, veranlaßten Lardieu, der in Frankreich den gleichen Ruf genießt, zu einer scharfen Antwort. Schließlich griff Reichsaussenminister Curtius ein mit der Erklärung, es sollte nicht wie im letzten August geglaubt werden, daß die Opfer immer von Deutschland gebracht werden müßten. Deutschland habe die Grenze erreicht, und sei nicht bereit, über den Youngplan hinausgehende Opfer zu bringen.

Die Schwierigkeiten beziehen sich auf den besonderen beratenden Ausschuß, den die internationale Bank im Falle, daß Deutschland den Antrag auf ein Moratorium stellt, einsetzt. Die Gläubigerstaaten sind der Ansicht, daß erst ihre Zustimmung gegeben werden müsse, bevor die Empfehlungen des Ausschusses angenommen werden könnten, und daß der Ausschuß nicht die Befugnisse haben dürfte, sich über die Entscheidungen der Gläubigerregierungen in der Frage des Moratoriums hinwegzusetzen. Die Frage der deutschen Eisenbahnen wurde ebenfalls erörtert, und die Gläubigerstaaten brachten die deutsche Delegation in einige Verlegenheit durch den Wunsch nach Maßnahmen, die nach deutscher Ansicht zu einer Herabsetzung der Löhne und zur Entlassung von Eisenbahnpersonal führen müßten. In der Sanktionsfrage ist keine neue Entwicklung zu verzeichnen. Die französische Formel soll der deutschen Delegation in sehr kurzer Zeit unterbreitet werden. In französischen Kreisen wird erklärt, vor dieser Unterbreitung solle verjagt werden, die Zustimmung der britischen Delegation dazu zu erlangen. Die Erörterung über diese Punkte wird fortgesetzt werden, und obwohl sie schwierig sind, wird nicht geglaubt, daß die Konferenz sich in Gefahr befinde.

Deutschland lehnt neue Belastungen ab

Während der heutigen Verhandlungspause wird die deutsche Delegation die Verhandlungsergebnisse überprüfen und eigene Forderungen und Vorschläge für die zweite Lesung vorbereiten. Deutscherseits betrachtet man die Angleichung der Moratoriumsbestimmungen des deutsch-amerikanischen Abkommens an die des Youngplanes als eine lokale Formel, gegen die nichts einzuwenden sei. Durch die Einigung, daß die rechtliche Nachfolgerin der Reichsbank nach 1964 für die restlichen 14 Jahre für die von der Reichsbahn-Gesellschaft geleisteten jährlichen Zahlungen von 600 Millionen aufzukommen habe, sei die Notwendigkeit eines verfassungsändernden Gesetzes umgangen worden. Der Forderung, daß das Reichsbahn-Gesetz die Richtlinien für die Geschäftsführung der Gesellschaft ausarbeiten solle, wurde deutscherseits nicht zugestimmt.

Reichsaussenminister Dr. Curtius meldete bereits in der Dienstadtung eine Reihe deutscher Forderungen für die zweite Lesung an, während Reichsfinanzminister Molkenhauer deutlich unterstrich, daß über den Youngplan hinausgehende Forderungen für Deutschland unerrätlich seien. Das von den Franzosen angekündigte Memorandum zur Sanktionsfrage wurde noch nicht überreicht, doch wird es für heute erwartet. Hervorzuheben ist, daß sich die englische Delegation keineswegs mit den französischen Forderungen in dieser Frage identifiziert.

Am die Stellung des Reichsbankpräsidenten

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Auszug aus den Vorschlägen, die das Organisationskomitee für die Neuordnung des Reichsbankstatus ausgearbeitet hat.

§ 6 Absatz 4 des Reichsbankgesetzes sah bisher vor, daß der Präsident vom Generalrat mit einer Mehrheit von neun Stimmen gewählt werden muß. Seine Ernennungsurkunde bedurfte bisher der Unterschrift des Reichspräsidenten, jedoch stand dem Reichspräsidenten nur ein aufschiebendes Vetorecht zu.

Nach den Vorschlägen des Organisationskomitees heißt die Vorschrift nunmehr: „Der Präsident wird vom Generalrat nach Anhörung des Reichsbankdirektoriums in der Weise gewählt, daß eine Mehrheit von sieben Stimmen vorhanden sein muß. Die Wahl bedarf der Bestätigung des Reichspräsidenten, der die Ernennungsurkunde unterzeichnet.“ Danach ist aus dem aufschiebenden ein absolutes Vetorecht der Reichspräsidenten geworden. Auch die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums, die nach Zustimmung des Generalrates durch den Präsidenten erfolgt, bedarf in Zukunft der Bestätigung des Reichspräsidenten.

Der § 16, der die Wahl der Mitglieder des Generalrates regelt, soll nach den Vorschlägen folgende Fassung erhalten: „Die Mitglieder des Generalrates — mit Ausnahme des

Der Fall Jekner. Zu den Nachrichten, daß eine Neuordnung bei den Berliner Staatstheatern vorgehen sei, wird von zuständiger preussischer Stelle mitgeteilt, daß am 6. Januar im preussischen Kultusministerium der übliche Vortrag der Kunstabteilung stattgefunden habe, bei dem auch die schwierige Finanzlage der Berliner Staatstheater besprochen worden sei. Es sei jedoch keine Entscheidung gefallen, besonders nicht hinsichtlich der Stellung des Intendanten Jekner.

Das Schicksal des Welfenschatzes. Drei Frankfurter Antiquitätenfirmen haben den Welfenschatz von dem Besitzer, dem Herzog von Braunschweig und Lüneburg, erworben. Aber die weitere Zukunft des Schatzes läßt sich noch keine weitere Angabe machen. Entsprechend der außerordentlich künstlerischen und historischen Bedeutung des Schatzes wird eine von Autoritäten bearbeitete Publikation vorbereitet.

Wettbewerb für das Kriegerdenkmal in Auenheim. Zu dem von der Gemeinde Auenheim bei Rehl ausgeschriebenen Kriegerdenkmalwettbewerb waren 188 Entwürfe eingegangen. Vom Sachverständigenkollegium, Oberregierungsrat Rinde (Karlsruhe), und Regierungsrat Bögge (Offenburg), wurden folgende Arbeiten in engste Wahl genommen. 1. 2. und 3. Entwurf: Architekt, Dipl.-Ing. Adolf Müller (Karlsruhe); 4. Entwurf: Bildhauer Gund (Offenburg); 5. Entwurf: Bildhauer Laucher (Karlsruhe); 6. Entwurf: Bildhauer Geiser (Varnhalt); 7. Entwurf: Bildhauer Stöcklein (Dresden); 8. und 9. Entwurf: Bildhauer Först (Karlsruhe), von denen schließlich auf Vorschlag der Preisrichter zwischen einem sehr originellen Banddenkmal des Dipl.-Ing. Adolf Müller (Karlsruhe), und dem Modell eines stehenden Kriegers des akad. Bildhauers Först (Karlsruhe), entschieden wurde, und die Wahl der Gemeinde auf den Denkmalsentwurf des Bildhauers Först fiel.

Präsidenten — werden auf dem Wege der Koalition durch die jeweilig im Amt befindlichen Mitglieder des Generalrates gewählt, vorbehaltlich der Bestätigung durch die deutsche Reichsangehörigkeit besitzenden Anteilseigner. Vor der Wahl findet durch den Vorsitzenden des Generalrates oder seinen Vertreter eine Zählung statt, so erklärt das Blatt, die Souveränität des deutschen Reiches nur in sehr geringem Maße wiederhergestellt. Nach wie vor würden weder Reichsregierung noch Reichspräsident die Möglichkeit zu einer Abberufung des Reichsbankpräsidenten besitzen. Die Reichsgewalt muß ein Einwirkungsrecht gegenüber dem Reichsbankpräsidenten besitzen.

Die Deutschen im Prager Parlament

W.D. Prag, 8. Jan. (Tel.) Gestern nachmittag fand eine mehrstündige Beratung der Vertreter der Reichstagsfraktionen über die Besetzung der Prager der einzelnen Parlamentsausschüsse statt, die zu einer Einigung für fast alle Ausschüsse führte. Zum ersten Male wurde den deutschen Reichstagsparteien der Vorsitz in drei Ausschüssen und der stellvertretende Vorsitz in sechs Ausschüssen eingeräumt. Der Opposition wurde der stellvertretende Vorsitz in sieben Ausschüssen überlassen.

Das Schicksal der Deutschrussen

Vorläufige Ansiedlung im Osten?

Nachdem die Einwanderung der Deutschrussen nach Kanada auf weitere Schwierigkeiten stößt, soll nun informativ geprüft werden, ob die Flüchtlinge, evtl. provisorisch, in den menschenarmen Gebieten des deutschen Ostens untergebracht werden können. Man denkt an die Möglichkeit, eine Anzahl deutschrussischer Bauernfamilien vorerst einmal provisorisch auf deutschen Gütern und Höfen als Mitarbeiter unterzubringen, bevor sich endgültig Ansiedlungen ergeben, den Flüchtlingen Pachtland zu verschaffen, oder bis sie auswandern können. Vor allem soll die Kostenfrage für Pachtland geprüft werden.

Im Lager Hammerstein sind bis jetzt 57 Todesfälle unter den Kindern festgestellt. Es handelt sich dabei zum größten Teil um Masern, ferner um Sepsis, Lungenentzündung, Diphtherie und Scharlach. Der tödliche Verlauf der Erkrankungen ist auf die durch die außerordentlich schlechte Ernährung in Russland eingetretene verminderte Widerstandsfähigkeit zurückzuführen. Die Auswanderer haben in ihrem Lager in der Nähe von Moskau lange Zeit nur von Brot, Kaffee und Tee gelebt; infolgedessen ist das Hauptziel der ärztlichen Behandlung im Lager Hammerstein die Kräftigung durch ausreichende Ernährung.

Solidarität der höheren Beamten

Auf dem außerordentlichen Bundesstag, den der Reichsbund der höheren Beamten am 4. und 5. Januar in Braunschweig abhielt, stand fast als einziges Thema zur Beratung, wie der Bund seinen durch den Zusammenbruch der Reichsbundbank geschädigten Mitgliedern helfen könne. Nach langen Beratungen wurde nach einer Mitternacht beschlossen, durch Erhöhung des Beitrages um 25 Pf. je Mitglied und Monat auf drei Jahre ein Vergleichsverfahren zu ermöglichen, durch das den Geschädigten in möglicher Kürze die Befugung über eine ansehnliche Quote ihrer Forderungen gesichert werden soll. Weiter soll den geschädigten Mitgliedern durch eine freiwillige Umlage von 10 M je Mitglied noch darüber hinaus geholfen werden.

Amerikanischer Auftakt zur Flottenkonferenz

Präsident Hoover gab am Dienstag der amerikanischen Delegation zur Londoner Seemächtekonferenz ein Abschiedsfrühstück. Im Anschluß daran wurde eine Kundgebung des Präsidenten veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

Die Völker und Regierungen der fünf an der Konferenz teilnehmenden Mächte sind alle von dem ehrlichen Wunsch besetzt, daß ein Abkommen zustande kommt, durch das nicht nur das Betrüben beendet sondern auch eine tatsächliche Verringerung der Nüchternlasten herbeigeführt wird. Eine für alle fünf Mächte annehmbare Basis zu finden, wird große Schwierigkeiten bereiten. Diese Schwierigkeiten sind aber nicht unüberwindlich, wenn auch infolge der vielen Spezialfragen mit einem schnellen Abschluß der Arbeiten nicht gerechnet werden kann. Es wäre an sich schon ein größerer Erfolg, wenn man in drei oder vier Monaten fertig werden könnte. Es handelt sich hier um die wichtigste Konferenz seit Jahren und wahrscheinlich absehbarer Zeit in der Zukunft. Ich hoffe, daß unser eigenes Volk die Arbeit unserer Delegation unterstützt.

Der Admiral der englischen Flotte, Lord Beatty, erklärte heute einem Vertreter des „Evening Standard“, seine ernste Besorgnis über den Vorschlag der Regierung, die Kreuzerflotte der britischen Flotte von 70 auf 50 herabzusetzen. Er erklärte, er sehe die Lage als sehr ernst an.

Die Vermählungsfestlichkeiten in Rom

Eine der großen öffentlichen Veranstaltungen, mit denen die Vermählung am italienischen Königshof in Rom gefeiert wurde, der große Trachtenzug, entrollte sich am Dienstag in dreistündigem, farbenprächtigem Aufmarsch vor der auf dem Platz des Lutinal errichteten Tribüne, auf der der König und die Königin von Italien, das Königspaar von Belgien und die anlässlich der Hochzeit in Rom weilenden fremden Fürstlichkeiten Platz genommen hatten. Der Zug führte viele der charakteristischsten Gefährte mit, an denen die verschiedenen Gegenden Italiens so reich sind. Von Zeit zu Zeit strotzte der Vorbeimarsch, um einer der Gruppen Gelegenheit zu geben, ihre heimatischen Tücher und Tänze vorzuführen. Eine in die Hunderttausende gehende Menschenmenge wohnte dem bunten Schauspiel bei.

Wahl des Berliner Stadtverordnetenvorstehers. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat am Dienstag in ihrer ersten Sitzung nach Jahresbeginn den bisherigen Stadtverordnetenvorsteher Dr. (Soz.) mit 150 von 312 abgegebenen gültigen Stimmen erneut gewählt. Der Kommunist Pried erhielt 52, der Nationalsozialist Dr. Rippert 11 Stimmen. Obwohl bei der Eröffnung der Versammlung wie auch nach der Wahl protestierende Kommunisten lärmend gegen die scharfe polizeiliche Überwachung der Zugänge des Rathauses und verlangten Entfernung der Polizei aus dem Gebäude.

Rückgabe deutschen Eigentums in Portugal. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Oporto hat das höchste Zivilgericht Portugals die Entscheidung gefällt, daß die deutsche Firma Barmeyer, der im Weltkrieg alle Dampf-, Liegen-, Wertpapiere usw. enteignet wurden, nicht nur eine Entschädigung von einigen Millionen Reichsmark erhält, sondern daß ihr auch eine kostbare Gemäldesammlung zurückgegeben wird, die in das Nationalmuseum überführt worden war.

Kurze Nachrichten

Strafantrag des Reichsinnenministers. Wegen der in der Berliner 'Noten Fälsche' aufgestellten wahrheitswidrigen Behauptung, daß ein im 'Damburger Anzeiger' veröffentlichtes angebliches Rundschreiben der kommunistischen Partei Deutschlands vom Referenten im Reichsministerium des Inneren, Dr. Haubach, im Auftrage des Reichsministers des Inneren gefälscht worden sei, hat der Reichsminister des Inneren Strafantrag gegen die 'Noten Fälsche' gestellt.

Der Reichsausschuß für das Volksbegehren richtete an den Reichstanzler ein Schreiben, in welchem die Verkündigung des Freiheitsgesetzes gefordert wird. Der Rumpfausschuß wurde im Sinne Eugenbergs um fünf Gutsbesitzer und den deutschen nationalen Abgeordneten v. Goldbacher ergänzt, eine Maßnahme, die sich offensichtlich gegen den Landbund richtet. Ferner tritt der brandenburgische Stahlhelmführer v. Morosowicz, der Gegner Selbtes, in den Ausschuß ein.

600jähriges Jubiläum von Darmstadt. Die Feier des 600-jährigen Bestehens von Darmstadt begann am Montag mit der Eröffnung zunächst einer Koch- und Konditoreiausstellung, mit der der Klub der Köche in Darmstadt, eines Zweigvereins des internationalen Verbandes der Köche, das Fest seines 25jährigen Bestehens verband. Oberbürgermeister Mueller eröffnete die Ausstellung, deren Protektorat er übernommen hat.

Bayerns Wahlrecht. Der Präsident des Bayerischen Staatsgerichtshofes hat, wie das 'B. Z.' meldet, die mündliche Verhandlung der Beschwerde der Deutschen Demokratischen Partei und der Wirtschaftspartei in Bayern über die Frage des Landtagswahlrechts auf den 11. Februar anberaumt. Sie wird in München stattfinden. Nach Auffassung des 'B. Z.' wird das Urteil für die politische Entwicklung in Bayern von entscheidender Bedeutung sein.

Schwere Zusammenstöße in Berlin. In Berlin fanden am Dienstag anlässlich der Beerdigung zweier Kommunisten schwere Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Polizei statt. Es wurden über 40 Personen festgenommen.

Gemeinderundschau

Vergleich im Mannheimer Rosenkessentont. Der Prozeßvollmächtigte der Stadt Mannheim, Rechtsanwalt Dr. Walden, und der Prozeßvollmächtigte des früheren Rosenkessentonters, Rechtsanwalt Dr. Negeher (Mannheim), teilen folgendes mit: Der Rechtsstreit zwischen der Stadt Mannheim und dem früheren Rosenkessentont, Herrn Ehrath, ist durch einen gerichtlichen Vergleich erledigt worden. Aus Anlaß des Vergleichsabschlusses wurde die Erklärung abgegeben, daß der gegen die Stadt Mannheim und ihre Organe erhobene Vorwurf einer gegen den geschäftlichen Anstand oder die guten Sitten verstoßenden Handlung nicht aufrecht erhalten wird.

Denkmalschutz in Ladenburg. Dieser Tage wird mit den äußeren Erneuerungsarbeiten des uralten Ladenburger Rathauses am Marktplatz begonnen werden. Mit der Wiederherstellung dieses als Baudenkmal angesehenen großen Gebäudes wird man nach Maßgabe der aufzubringenden Mittel (23 000 M) erst in etwa zwei Jahren fertig sein. Die Renovationsarbeiten im Rathaus sind in vollem Gange. Die Kosten hierfür wurden seinerzeit mit 10 000 M veranschlagt, doch zeigt der Bau jetzt bei der Ausführung der Arbeiten so erhebliche Schäden, daß die Handwerker die Summe nicht für ausreichend halten.

Schweinger Fremdenverkehr 1929. Die Besucherzahlen des Schweinger Schlossgartens sind auch im abgelaufenen Jahre, wie die Zahlen von der Staatlichen Schlossgartenverwaltung mitgeteilte Besucherstatistik erkennen läßt, gestiegen. Im Jahre 1929 wurden 197 102 Tageskarten (Besucher von weiterher) ausgegeben, die Zahl der Besucher der Sonderveranstaltungen und Dauerkarten betrug 243 000 (Besucher der näheren Umgebung). Die gleichen Zahlen im Vorjahre betragen 177 205 bzw. 225 000, so daß eine Zunahme des Gesamtbesuchs um rund 40 000 Personen verzeichnet werden kann (gleich 10 Prozent). Bei der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse ist diese Steigerung um so höher zu bewerten. Sie ist der beste Lohn für die geschickt durchgeführte Vorbereitung des Schweinger Verkehrsvereins, dessen Erfolgsbeispiel mancher anderen größeren Stadt ein Ansporn sein sollte, es ihm an Mühseligkeit und zielbewusster Arbeit gleichzutun.

195 Bewerber für einen Bürgermeisterposten. Nach Ablauf der Meldefrist für den Bürgermeisterposten in Michelstadt (Hessen), der durch den Weggang des bisherigen Bürgermeisters Michel als Oberregierungsrat nach Gießen vakant wurde, haben sich nicht weniger als 195 Bewerber angemeldet. Außer vier Einheimischen haben sich Bankdirektoren, Beamte, Kaufleute, Handwerker, Versicherungsangestellte und einige Angehörige freier Berufe um den begehrten Posten beworben.

Kleine Chronik

Die Berliner Kriminalpolizei hat den schweren Raubüberfall auf das Wahllokal in Moabit am Tage des Volksentscheides aufgeklärt und den Haupttäter festgenommen. Wie seinerzeit berichtet, erschienen kurz vor der Beendigung der Abstimmung in dem Wahllokal in der Kottbuser Straße zwei junge Männer, die einen Teil der Wahllisten raubten und flüchteten. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen den der Ortsgruppe Moabit der SPD. angehörenden Arbeiter Schenk. Bei der Aushebung eines Vereinslokals der SPD. gelang es nun, den Gesuchten festzunehmen.

Die Ehefrau des Kapitäns des damaligen Oberlyzeums in der Schillerstraße in Erfurt, Karl Flemming, hat der Polizei Anzeige erstattet, daß ihr Mann im Juni 1920 die 57jährige Frau Albine Krenzner, die bei der Familie Flemming wohnte, im Keller der Schule mit einer Kohlenhaufe erschlagen, die Leiche zerstückelt und in einem eisernen Füllhorn verbrannt habe. Flemming wurde festgenommen und hat die Tat eingestanden.

Ein Riesenbrand in der Paraffinabteilung der Oberfurter Mineralölraffinerie in Mährisch-Odrau, konnte heute früh eingedämmt werden. Wie verlautet, ist der Brand darauf zurückzuführen, daß ein Arbeiter in der Paraffinabteilung ein Kleidungsstück mit Benzin reinigte und ein zweiter Arbeiter verächtlich einen brennenden Zigarettenrest in das Benzingefäß warf.

In Rußland ist der Bevollmächtigte des deutschen Konjunktions für den transperischen Bahnbau, der Sowjetbürger Julius Hesse, durch die G. R. B. verhaftet worden. In dem Konjunktions sind eine Anzahl erster deutscher Firmen aufammengefaßt, die gegenwärtig an der Nordstrecke der Transperisenbahn arbeiten.

Einer der bemerkenswertesten Flüge in der Geschichte des südafrikanischen Flugwesens ist von Leutnant King ausgeführt worden, der mit seinem Flugzeug nahezu 10 000 Kilometer zurücklegte, um einen Vorrat von Serum gegen die Dunsdrut nach Malango im nördlichen Angola zu bringen, wo die Frau eines Missionars von einem tödlichen Hund gebissen worden war und sich in Lebensgefahr befand.

Badischer Teil

Die Grundsteinlegung des Schurmanbaues in Heidelberg

Wie das 'Heidelb. Tagbl.' hört, wird Mitte Januar die feierliche Grundsteinlegung für die neue Universität erfolgen. Vorläufig ist für diesen Akt der 15. Januar in Aussicht genommen. Der amerikanische Botschafter Schurman, der schon im Laufe des Monats Deutschland verläßt, um endgültig nach Amerika zurückzukehren, ist zu dieser Feier eingeladen worden, doch ist es mit Rücksicht auf die knappe Zeit, die ihm noch in Deutschland zur Verfügung steht, noch nicht sicher, ob er persönlich der Einladung Folge leisten kann. Unter Umständen wird der Termin für die Grundsteinlegung um einige Tage verschoben.

In den Grundstein werden verschiedene Gegenstände eingelegt, vor allem eine Urkunde über die Stiftung und ein Verzeichnis der Stifter. Auch ist geplant, die von Schurman der Stadt Heidelberg gewidmete englische Übersetzung des Liedes 'Mit-Heidelberg' beizufügen.

Reichspräsident von Hindenburg wird am 18. Januar, dem Reichsgründungstage, in Berlin ein offizielles Festessen veranstalten, an welchem u. a. Botschafter Schurman teilnehmen wird. Zu diesem Essen ist vom Reichspräsidenten auch der Rektor der Heidelberger Universität, Professor Gottschalk, eingeladen worden. Man darf wohl annehmen, daß in dieser Einladung eine besondere Aufmerksamkeit Hindenburgs gegenüber dem scheidenden amerikanischen Botschafter Schurman wegen seiner freundschaftlichen Beziehungen zur Heidelberger Universität liegt.

Das Hotel- und Gaststättengewerbe gegen ein Fastnachtsverbot

Vom Badischen Gastwirtsverband wird mitgeteilt, daß auch seinerseits Stellung gegen den Antrag der Landtagsfraktion des Evangelischen Volksdienstes auf Verbot der diesjährigen Fastnachtsveranstaltungen genommen worden ist.

In einer Eingabe an den Badischen Landtag und sämtliche Fraktionen weist der Badische Gastwirtsverband darauf hin, daß es angesichts der wirtschaftlichen Notlage eines Verbots dieser Veranstaltungen keineswegs bedarf. Die Veranstaltungen würden sich ohne weiteres von selbst regeln. Die außerordentlich gefährliche Wirtschaftskrise im Gastwirtsgerwerb lasse es aber angezeigt erscheinen, ihm nicht noch weitere Unbill durch eine solche Verbotsvorschrift zuteil werden zu lassen. Auch bestehe die Gefahr, daß eine Abwanderung der Bevölkerung in die uns angrenzenden Länder des In- und Auslandes unter allen Umständen erfolge, womit der eigentliche Zweck dieser Verbotsvorschriften vollständig illusorisch würde. Solche Verbotsvorschriften wären in keinem der an Baden angrenzenden Länder vorhanden, im Gegenteil seien die allgemeinen polizeilichen Anordnungen, insbesondere in Hessen und Württemberg, durchaus nicht so streng als bei uns.

Die Jubelfeier bei der Firma Maggi in Singen a. S.

Der Direktor der Firma Maggi G. m. b. H. in Singen a. S., Dr. Brüggemann, beehrt, wie schon kurz mitgeteilt, am 9. d. M. unter Teilnahme vieler Kreise unseres Landes, die Feier seines 70. Geburtstages. Seit mehr als 25 Jahren steht der Jubilar an der Spitze eines Unternehmens, das ganz Deutschland und einen großen Teil des Auslandes mit seinen weltbekannten Suppenwürfeln und Würzen versorgt. Einen Begriff von der volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser Firma für unser Land Baden kann man sich machen, wenn man erzählt, daß Tag für Tag hunderttausende von Paketen, Kisten und Flaschen mit Suppenwürfeln und Würzen die Station Singen verlassen und diesen Namen in alle Welt hinaustragen.

Bei Eintritt Dr. Brüggemanns in die Firma beschäftigte diese in Singen erst 700 Angestellte und Arbeiter, heute sind es nahezu 2000, wozu noch die Verkaufsabteilung in Berlin (unter Leitung des kürzlich von der Universität Freiburg zum Ehren doktor ernannten Generaldirektors Schmidt) mit rund 700 Personen hinzuzurechnen ist. Neben den bekannten Mannheimer Firmen Lutz, Benz, Waldhof und andere dürfte die Firma Maggi in Singen hinsichtlich der Zahl der beschäftigten Personen und ihrer Steuerleistungen an der Spitze der badischen Industrie stehen. Sie umfaßt allein in Singen 75 Gebäude, wozu noch ein größerer landwirtschaftlicher Betrieb kommt. Brüggemann, der seit Jahren einer großen Anzahl von Korporationen und Verbänden (Handelskammer, Landes-eisenbahnrat, Rheinischschiffahrtsverband) angehört, erfreut sich bei der Leitung und Arbeit seines Unternehmens größter Wertschätzung. In der ihm eigenen Bescheidenheit hat er alle ihm schon von der früheren Regierung zugebachten Auszeichnungen und Titel abgelehnt.

Tagungen

Der badische Schuhmacherverband hat auf seiner vorjährigen Tagung in Freiburg beschlossen, den Verbandstag 1930 in Rehl abzuhalten. Mit der Verbandstagung soll in der Stadthalle auch eine Schuhmacherausstellung mit Prämierung verbunden sein, die vom 14. bis 17. Juni abgehalten wird.

Schwarzwälder Granitwerke

C. KIEDERLE Bühl i. B. Gegr. 1888 • Tel. 41

Denkmäler, Bauarbeiten (Sokkel, Stufen, Quader usw.), Randsteine, Leistensteine, Säurebottiche und Bodenbelag

aus säurebeständigem Material

Pflastersteine (Groß- u. Kleinpflaster), Grenzsteine, Mauersteine liefern wir nur aus eigenen Brüchen

Schleiferei • Bildhauerei Werkplätze • 250 Arbeiter 3.952

Aus der Landeshauptstadt

Geh. Kommerzienrat Robert Sinner 80 Jahre. Am Freitag kann Geh. Kommerzienrat Robert Sinner, der Seniorchef der Firma Sinner AG., seinen 80. Geburtstag begehen. Mit dem Tode seines Vaters übernahm der greise Jubilar im Jahre 1888 die Leitung des väterlichen Geschäfts und gründete 1885 die Aktiengesellschaft, bei der er als Generaldirektor an die Spitze trat. Unter seiner umsichtigen Leitung hat sich die Gesellschaft zum heutigen Unternehmen entwickelt. Infolge seiner hervorragenden Fähigkeiten wurde Geheimrat Sinner in bedeutende Wirtschaftsverbände und in den Aufsichtsrat verschiedener namhafter Gesellschaften berufen. Vor zehn Jahren wurde ihm aus Anlaß seiner großen Verdienste in der Gärungschemie, die Würde eines Ehrendoktors an der Technischen Hochschule in Karlsruhe verliehen.

Die Tätigkeit der Gewerbe- und Nahrungsmittelpolizei. Im Dezember wurden 2910 Kannen Milch von der Polizei geprüft. Von 469 zur Untersuchung erhobenen Proben muhten 20 als gewässert (5-12 Proz.), 8 als entrahmt, 13 als fettarm und 12 als schmutzig beanstandet werden. Durchweg handelt es sich hierbei um Milchfälsche, die den Produzenten von auswärts zur Last fallen, während die Kontrolle von 143 hiesigen Milchhändlern in dieser Beziehung teils Anlässe ergab. Die Verantwortlichen wurden wegen Nahrungsmittelfälschung angezeigt. — Bei einer Mädelkontrollen (es wurden 62 Mädelkontrollen kontrolliert) ergaben sich 31 Beanstandungen. Insbesondere wurde festgestellt, daß der Badbetrieb verschiedener Mädelkontrollen in bezug auf Reinlichkeit zu wünschen übrig ließ. Gegen mehrere Mädelmeister mußte deshalb auch strafend eingeschritten werden.

Der diesjährige Inventurausverkauf findet nach Vereinbarung der Firmen in der Zeit vom 8. bis einschließlich 18. Juni statt.

Arbeiter Sport. Der 10. Kreis (Baden-Pfalz-Saar) des Arbeiter Sportbundes hält am 9., 10. und 11. August d. J. sein 7. Kreisfest in Karlsruhe ab.

Das Karlsruher Schwurgericht verurteilte am Dienstag entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts den Angeklagten Eberle aus Jöhlingen wegen Totschlags zu 6 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Strafentwurf. Am Dienstagabend, kurz vor 8 Uhr, entriß ein bis jetzt unbekannter Täter einer 58 Jahre alten Reichsbahnbeamtin von hier im Tiergartenweg zwischen Ertlinger- und Bahnhofstraße die Handtasche und verschwand.

Badisches Landestheater. Das bereits im Konzerthaus mit vielem Erfolg aufgeführte Märchenballett 'Der arme Reinhold und der König Aukstader', mit der Musik von Wilhelm Grob, das nach dem Märchenbuch des bekannten Struwwelpeter-Hoffmann verfaßt ist, wird in der Einstudierung des Ballettmeisters Fürstenau am Samstag, den 11. Januar, im Landestheater gegeben werden, und zwar gemeinsam mit dem reizenden großen Ballett Delibes 'Coppelia'. Die Vorstellung findet bei kleinen Preisen statt. — Freitag, den 10. Januar, wird 'Hänsel und Gretel' von Humperdinck, neuinstudiert, im Spielplan erscheinen. Kapellmeister Schwarz leitet die Oper musikalisch, inszeniert ist sie von Dr. Walthar Landgrebe. Den Hänsel singt Emmy Seiberlich, die Gretel Elise Blank, Mutter und Vater sind Camilla Kallab und Carl-Dierker, die Hexe in Karl Lauffötter, Sandmännchen und Taumännchen Ellen Winter und Lotte Fischbach. Nach der Oper kommt eine Tanzsuite von Tschajkowsky, unter Leitung von Ballettmeister Fürstenau.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die neue atlantische Depression hat mit ihrem südlichen Ausläufer Frankreich erreicht. Auch in unserem Gebiet haben die Winde nach Süden gedreht; nachts kam es in den Niederungen zu starker Nebelbildung bei 1 bis 2 Grad unter Null. Unter der Einwirkung des Tiefdruckausläufers werden wir bei vorübergehender leichter Erwärmung Niederschläge erhalten. Kühle maritime Luft hat jedoch bereits England erfasst, so daß auch bei uns später wieder mit Temperaturrückgang zu rechnen ist. — Wetterausblick: Im wesentlichen Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with 4 columns: City, 8. Januar, 7. Januar, and another column. Rows include Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, and Prag.

Karlsruher Hafenverkehr im Dezember 1929

Die Besserung des Wasserstandes des Rheins, die im November begonnen hat, hat sich im Dezember 1929 fortgesetzt. Von der Großschiffahrt wurde die Besserung des Wasserstandes im Verkehr mit Karlsruhe gut ausgenutzt, so daß der Gesamtverkehr vom Dezember fast um 100 000 Tonnen größer war als im November, wobei vor allem eine starke Zunahme der Zufuhr des Brennstoffverkehrs die günstige Entwicklung verursachte.

Der Gesamtverkehr des Karlsruher Rheinhafens im Jahre 1929 war nach den vorläufigen Feststellungen gegenüber dem Gesamtverkehr des Jahres 1928 nach den endgültigen Zahlen in der Zufuhr um rund 100 000 Tonnen und in der Abfuhr um rund 50 000 Tonnen größer, so daß der gesamte Jahresverkehr zum viertenmal sich selbst übertrafen hat. Bei der Abfuhr ist der bis jetzt erzielte Höchstverkehr von 284 646 Tonnen im Jahre 1924 zum erstenmal um rund 25 000 Tonnen überflügelt worden.

Der Privatdank wurde für beide Sichten um je 1/8 auf 6 3/8 Proz. ermäßigt.

Der schleppende Tabakverkauf. Unter Führung der Badischen Landwirtschaftskammer hielten die zu einem Verband zusammengeschlossenen 68 badischen Tabakbauvereine im Künstlerhaufe in Karlsruhe, eine Verkaufssitzung ab. Handel und Industrie sowie die Pflanzerschaft waren zahlreich vertreten. Zum Angebot kamen insgesamt 28 000 Zentner, davon rund 16 000 Zentner Zigarrentabak. Der Verkauf selbst war sehr schleppend. Zigarrentabak erzielt im allgemeinen den günstigen Preis von 45 bis 56 M, während Schnitttabak zum Preise von 35 bis 42 M abgesetzt wurden. Zum Verkauf gelangten nur etwa 8000 Zentner Zigarrentabak und 10 000 Zentner Schnitttabak. Käufer waren insbesondere Firmen in Bremen, Mannheim, Heidelberg, Kaiserslautern, Bruchsal und Untergrombach.

Das Weingeschäft in Baden gestaltete sich in der letzten Regenberchälte weiterhin schleppend, verschiedentlich war es etwas bewegter. So gingen in Steinmühl rund 110 Hektoliter 1929er zu je 60 M ab; in Schliengen wurde zu 62 bis 65 M, in Wamiach zu 44 bis 55 M, in Jungingen zu 60 M und in Weisingen, wo noch ansehnliche Bestände an 1929er vorhanden sind, zu 55 bis 68 M je 100 Liter verkauft. Im Neckarländerland erfolgten für 1929er die Verwertungen mit 60 bis 75 M, für 1928er mit 80 M je 100 Liter. Bei der Weinprämierung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Randern waren 195 verschiedene Nummern eingegangen.

Süddeutsche Zucker-AG, Mannheim. In der am Dienstag in Frankfurt abgehaltenen Generalversammlung, die unter dem Vorsitz von Geheimrat Dr. Hoff Hartmann, waren 118 Stammmontare mit 16 835 600 M Stammaktien und 15 Vorkaufsaktien mit 999 000 M Vorkaufsaktien vertreten. Die vorgelegte Bilanz wurde einstimmig und ohne Diskussion genehmigt. Aus dem Vermögenszuwachs von 4 739 775 M (4 158 012) wird auf die Stammmontare eine Dividende von 12 (10) Prozent verteilt. Zum Vortrag auf neue Rechnung verbleiben dann 1 159 775 (1 150 012) M. Das Mandat des gesamten Aufsichtsrates ist abgelaufen. Er wird wiedergewählt, mit Ausnahme der folgenden Herren: Dr. Paul Gorlitz (Berlin-Geosau), Erich Meyer, Bankier (Hannover), Fritz Schief, Fabrikdirektor (Darmstadt), und Hugo Brunt, Bankdirektor (Darmstadt), für den Dr. Heinrich Bernheim (Mannheim), Darmstädter- und Nationalbank, neu gewählt wird. Die übrigen vier Herren sind, nachdem ihre Beziehungen zur Süddeutschen Zucker aufgehört haben, nicht wiedergewählt worden.

Karlsruher Brauereigesellschaft vorm. R. Schrempf und A. Fring AG. Der Geschäftsjahrbericht für das am 30. September 1929 abgelaufene Geschäftsjahr verzeichnet sich wiederum auf wenige Zeilen und heißt fest, daß das abgelaufene Geschäftsjahr befriedigend verlief. Der Schrempfschen Arbeiter- und Beamtenkassen wurden wieder 50 000 M zugewiesen. — Der Betriebsüberschuss stellte sich auf 686 386 (689 520) M. Nach 245 524 (279 546) M Abgaben verbleibt ein Nettogewinn von 88 997 M. Gewinnsortierung ein Nettogewinn von 526 609 (506 297) M, wovon 150 000 (50 000) M der Sonderumlage zugeführt, 11 (im Vorjahr 9) Proz. Dividende auf das Aktienkapital von 2,97 Mill. Reichsmark ausgeschüttet und 50 159 (88 997) M neu vorgezogen werden. Die in Karlsruhe stattgefundene Generalversammlung genehmigte die Regularien einstimmig und wählte die auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wieder.

Badische Tabak- und Verwertungs-AG, Kehl. Wie wir hören, findet am 13. Januar, vorm. 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Kehl eine Gläubigerversammlung in dem Konkurs der dem verstorbenen Finanzmann Kiefer nachfolgenden Badischen

Tabakbau- und Verwertungs-AG, Kehl, statt, in der über die seitige Entwicklung des Konkurses Bericht erstattet werden soll. — In diesem Zusammenhang dürfte es interessieren, daß nunmehr ein Negativprozeß gegen Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft beim Landgericht Karlsruhe schwebt, in dem das Landgericht bereits einen dinglichen Arrest in Höhe des eingeklagten Teilbetrags gegen die besagten Vorstandsmitglieder erlassen hat.

Konkurs der Savag? Die Stellungnahme der Auslands-gläubiger läßt die Lage bei der Frankfurter Allgemeinen Versicherung neuerdings auf einen Konkurs hin zuipfen. Die Verhandlung mit den Gläubigern, die das Zahlungsverbot bezwecken sollte, ist noch keineswegs erreicht, während der Termin der Gläubigerversammlung (15. Januar) näherückt.

Der Aktienindex. Der vom Stat. Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 gleich 100) stellt sich für die Woche vom 30. Dezember bis 4. Januar auf 115,5, gegenüber 113,8 der Vorwoche.

Die amtliche Großhandelsinbeziffer im Dezember ist von 135,5 im Vormonat auf 134,3 oder um 0,9 Proz. gesunken.

Kurze Nachrichten aus Baden

Ein Mars entdeckt?

Dr. Kronau (Amt Bruchsal), 8. Jan. Eine schreckliche Nachricht durchlief gestern den Ort. Aus der Elz wurde bei Wittenweiler am 17. Dezember v. J. eine männliche Leiche gefunden, die etwa drei Wochen schon im Wasser gelegen sein mag und die so schwere Verletzungen aufwies, daß die Gerichtsbehörden auf das Vorliegen von Mord schloßen. Nachdem der Schreiner Hermann Zimmermann aus Kronau die Vermutung äußerte, es könne sich um seinen Sohn handeln, wurde ihm das aufgenommene Lichtbild gezeigt, aus dem die Angehörigen wirklich den hier am 14. Oktober 1910 geborenen Theodor Zimmermann zu erkennen gaben. Heute wird daher die Ausgrabung der Leiche in Laß stattfinden, wozu die Angehörigen geladen sind. Näheres muß zunächst abgewartet werden. Es sieht sehr, daß der junge Mann schon bald ein Jahr hier nicht mehr von sich hören ließ. Er wohnte im Sommer in Weil-Leopoldshöhe und soll zuletzt in Rembs am Rhein gearbeitet haben.

Dr. Mannheim, 8. Jan. Der bekannte amerikanische Bankier Otto S. Kahn, der auf Einladung der Volkshochschule, die die von ihm zum Andenken an seinen Vater gestiftete Bernhard-Kahn-Lesehalle verwaltet, besuchte, und der bisher jährlich den Betrag von 2500 M für die Unterhaltung der Lesehalle zur Verfügung stellte, hat für das Jahr 1930 zum Ausbau der Volkshochschule und der Lesehalle den Betrag von insgesamt 5000 M gestiftet.

Dr. Mannheim, 8. Jan. Nach langem Leiden ist Direktor Mach von der Zellstofffabrik Waldhof gestorben. 33 Jahre lang war er im Konzern tätig.

Dr. Schriesheim, 4. Jan. Dem Vernehmen nach sind zur Zeit wieder Verhandlungen im Gange, die darauf abzielen, das Schwespatvorkommen im Schriesheimer Tal auszubeuten. An den Verhandlungen sind zwei Firmen beteiligt.

Dr. Sasbach, 8. Jan. Das Jahr 1930 bringt am 20. Nov. den 100. Geburtstag von Franz Xaver Lender. Die Altasbacher, also die Schüler Lenders aus seiner Anstalt, haben beschlossen, das Jubiläum eigens zu feiern. Da die Anstalt Lenders noch eines würdigen Gotteshauses entbehrt, soll die Erstellung eines solchen zu einer Art Ehrengabe werden.

Dr. Debsbach (A. Oberflitz), 8. Jan. Dieser Tage ist in Danfeldbach-Wälden das Anwesen des Landwirts Meier bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Das Großvieh konnte gerettet werden. Der Gebäudeschaden beträgt 12 000 M, der Fahrzeugschaden 15 000 M. Der Brand dürfte durch die Unvorsichtigkeit des 8 Jahre alten Sohnes, der mit einer offenen Laterne im Schweinestall hantierte und dabei dem Stroh zu nahe kam, verursacht worden sein.

Dr. Offenburg, 7. Jan. Ratsschreiber Maier und Förster Wiegert sind mit Beginn dieses Jahres 25 Jahre im Dienste der Stadt.

Dr. Schönwald, 8. Jan. Das seit Jahren leerstehende Kurhotel Viktoria in Schönwald ging durch Kauf an eine amerikanische Gesellschaft über, die aus dem stattlichen Gebäude, das aufs modernste eingerichtet werden soll, ein Höhen-Golfhotel zu machen beabsichtigt.

Dr. Staufen, 8. Jan. Heute vormittag gegen 9 Uhr passierte ein Lastkraftwagen von Bernau, dessen Führer angeblich des herrschenden Nebels wegen den sich nahenden Zug der Lokalbahn Staufen-Sulzburg nicht bemerkte, den unbewachten Bahnübergang bei der Straßenkreuzung Brunnen-Staufen-Münstertal-Tunnel, wurde aber von der Lokomotive des Zuges erfasst und zur Seite geschleudert. Die Lokomotive selbst entgleiste. Von den vier im Lastwagen befindlichen Personen wurde eine schwer und zwei leicht verletzt. Die Lokomotive wurde leicht beschädigt. Der Kraftwagen trug starke Beschädigungen davon. Der Verkehr wird vorerst durch Umfahrungen aufrecht erhalten.

Zell i. B., 7. Jan. Die Nebenbahn Zell-Totbnau feierte dieser Tage ihr 40jähriges Betriebsjubiläum.

Dr. Adorf, 7. Jan. Unter dem Verdacht, den Brand der „Schiffelinde“ in Adorf verursacht zu haben, wurde der bei dem Müller Julius Bausch in Stellung befindliche Knecht Alfons Doser von Grüningen von der Gendarmerie festgenommen und ins Amtsgefängnis eingeliefert.

INVENTUR-VERKAUF LEIPHEIMER & MENDE

Räumung großer Mengen Waren zu außerordentlich billigen Preisen

10% Rabatt auf alle nicht herabgesetzten Waren 10%



Schöne Tafel = Äpfel

Pfund **14** Pfennig

der Zentner 13 Mark

Abgabe nur an Mitglieder!

Lebensbedürfnisverein

R. 91

Während des

Inventur-Verkaufs

vom 8. bis 17. Januar 1930

10% RABATT

Reise-Artikel

feine Offenbacher u. Wiener Lederwaren

Koffer-Müller

Waldstraße 45
Eigene Kofferfabrik

Karlsruhe i. B.
Telefon Nr. 2165

R. 89

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 940

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER
DOSENHEIM & BRÜCKE

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

Freihandverkauf

von circa 1000 im domänen-
ärztlicher Starthölzer (E. u. F.) aus den Schifferwald-
distrikten Schrambergthalde
und Steingrund. Nähere
Auskunft erteilt das Forstamt
II in Forbach (Baden).
R. 1000

Zahr. R. 999
Güterrechtsregister Zahr
Vd. III S. 66: Johann
Kilms, Mechaniker in
Ronneimer, und dessen
Ehefrau Elisabeth geb. Hei-
mann. Ehevertrag vom
28. Dezember 1929; Güter-
trennung.
Amtsgericht Zahr,
30. Dez. 1928.

Buchenstammholz

Das Buchenstammholz
heim verkauft im freihän-
digen Vorverkauf aus Do-
manenwald Moferswald,
Abt. I. 1—16 etwa 270 im
Buchenstammholz II.—V.
M. Gebote in Prozenten
der L.-G. 1927 auf den
Feilmeter jeder Klasse ge-
stellt bis zum 14. Januar
1930, nachmittags 6 Uhr,
beim Forstamt Ettenheim
einzureichen. Zahlungsbe-
dingungen des badischen
Staates, Bindung an das
Gebot 7 Tage. Losver-
zeichnis durch das Forst-
amt.
R. 997

Wonnorf.

R. 991
Güterrechtsregister Vd. I
Seite 234: Peter, Gottfried
Faktor in Woll b. Wonnorf
im Schw., und Pauline
Katharina geb. Dieß. Der
Mann hat das Recht der
Frau, innerhalb ihres
häuslichen Wirkungskrei-
ses seine Geschäfte für ihn
zu besorgen und ihn zu
vertreten, ausgeschlossen.
Wonnorf, 19. 12. 1929.
Vd. Amtsgericht.

COLOSSEUM

Ab morgen,
täglich 8 Uhr,
Sonntags 1/2, 4 Uhr u. 8 Uhr

Xaver Terofal

in seinem großen
Lachsclager
In Westenpfunzen
nichts Neues

Letzte Neuheiten und
Interessantes aus dem
„Wöchentlichen Beobach-
ter von Westenpfunzen“.

Ettlingen. R. 986
In das Vereinsregister
wurde heute unter D.-B.
47 eingetragen: Pension-
und Unterstufungsstaf-
fe der G. Schneider & Söhne,
G. m. b. H. in Ettlingen.
Ettlingen, 31. Dez. 1929.
Amtsgericht.



Badisches Landestheater
Donnerstag, 9. Januar 1930
* D 13 (Donnerstagmiete)
Faust II. Teil
Von Goethe
Regie: Baumbach
Mitwirkende:

Emrich, Vertan, Frauen-
dörfer, Genter, Quiser,
Rademacher, Schreiner,
Ziegler, Brand, Dahlen,
Gemmede, Graf, Perz,
Hiel, Höder, Just, Klein-
scher, Klobbe, Kühne, Land-
grebe, Mehner, Müller,
Prüter, Schulze, v. d. Trenk.

Anfang 18 1/2, Ende 22 1/2
Preise A (0,70—5 M)

Fr. 10. Jan.: Neu einstud.:
Hänsel und Gretel.
Herauf: Tanzsuite.
Sa. 11. Jan.: Der arme
Reinhold und der König
Rufinac. Hierauf:
Coppelia. So. 12. Jan.:
Nachm.: Das Glöckchen
des Eremiten. Abends:
Louise. Im Konzerthaus:
Grand Hotel. Mo., 13. Jan.:
Faust II. Teil. In der Fest-
halle: 4. Volkstänze-
konzert.

**Inszerieren
bringt Gewina!**